

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 01.09.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Ordentliche Teilnehmer/innen:

CDU

Herr André Langeworth
Frau Tanja Orłowski

SPD

Frau Regine Weißenfeld
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lasse Finn Bucken
Frau Susann Purucker

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Georg Epp
Frau Katja Häckel
Herr Ingo Nürnberger
Frau Beate Scigala-Blatt
Frau Gabriele Stillger
Frau Silvia Szacknys-Kurhofer

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke
Frau Tanja Pidlyy

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster
Herr Marc Korbmacher
Frau Regina Puffer
Herr Matthias Rotter
Herr Michael Schütz
Frau Daniela Wollenberg

Schriftführung

Frau Liesa Warneke

Verwaltung bzw. Sonstige:

Herr Jörg Leesemann	Stadt Bielefeld - Dezernat 5
Herr Thomas Helmke	Stadt Bielefeld - Jugendamt
Herr Jakob Bergen	Stadt Bielefeld - Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Frau Nina Vogel	Stadt Bielefeld - Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Frau Susanne Bondzio	Stadt Bielefeld - Personalrat
Herr Henry Schuckmann	Berichterstattung zu TOP 6
Frau Hannah Rouvray	Berichterstattung zu TOP 6
Frau Thekla Mühlpfordt	Berichterstattung zu TOP 6
Herr Lukas Schübli	Berichterstattung zu TOP 6
Frau Ulrike Bülter	
Frau Petra Schlegel	
Frau Katharina Schellong	
Frau Julia Marth	
Frau Jil Neugebauer	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

Sie gibt an, dass – wie bereits per E-Mail angekündigt – noch darüber abgestimmt werden müsse, den Antrag der Fraktion CDU anstelle einer Anfrage als eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

Der Antrag „Bericht der Verwaltung zur abgebrochenen Veranstaltung am 13.08.2021 im Kunsthallenpark“ wird als TOP 8 auf die Tagesordnung gesetzt und ersetzt dadurch den bisherigen TOP 4.1.

- einstimmig beschlossen -

Weitere Änderungswünsche an der Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.06.2021

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.06.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss am 22.06.2021 (8. Sitzung)

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss am 22.06.2021 (JHA 8. Sitzung) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

-.-.-

Zu Punkt 3.1 **Anpassung der laufenden Geldleistung für Kindertagespflegepersonen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 Abs. 1 SGB VIII zum 01.08.2021**
hier: Korrektur der Anlage1 Geldleistungen gültig ab 01.08.2021

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Handlungskonzept "Geschlechtersensible Berufsorientierung in Bielefeld"**

Herr Nürnberger weist daraufhin, dass das von der REGE erstellte Handlungskonzept zur Mitnahme ausliege. Dieses beruhe auf einer Anregung des Fachbeirats für Mädchenarbeit. Hintergrund sei, dass Berufe und Berufsbilder immer noch geschlechtsspezifisch unterschiedlich gewählt, bewertet und entlohnt werden. Die Broschüre beinhalte konkrete Handlungsempfehlungen für viele Akteure.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Fachveranstaltung zum Fachkräftebedarf in Kita und OGS**

Herr Nürnberger berichtet, dass am 28.10.2021, von 14:00 bis 17:00 Uhr eine digitale Fachveranstaltung zum Thema „Fachkräftebedarf in Kita und OGS“ stattfindet. Mit dieser würde einem Auftrag aus dem Jugendhilfeausschuss nachgegangen werden.

Zu der Veranstaltung sollen Akteure aus verschiedenen Bereichen, u. a. auch aus der Fachpolitik, eingeladen werden. Zu Beginn soll es ein Interview und eine Diskussion mit Praktiker*innen geben. Hiernach gebe es moderierte Arbeitsgruppen zu konkreten Fragestellungen. Er bittet die Mitglieder, sich den Termin vorzumerken.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Lüftungsanlagen und Luftfilter in städtischen Kitas**

Herr Nürnberger berichtet, dass der Rat am 24.06.2021 beschlossen habe, Lüftungsanlagen in Schulen einzubauen, wo diese sinnvoll und förderfähig seien. Bei den Schulen handle es sich um fast 600 Räume, in denen stationäre Luftfilter eingebaut werden könnten. Die Planung und der Einbau der stationären Filteranlagen müssen laut Förderbedingungen binnen 12 Monaten erfolgen. Dies sei für den ISB eine große Herausfor-

derung und erfordere eine Priorisierung. Daher habe Oberbürgermeister Clausen entschieden, entsprechend der Beschlusslage des Rates die Beschaffung von Filteranlagen auf den Schulbereich zu konzentrieren, um nicht Projekte wie die Digitalisierung der Schulen oder auch den Bau neuer Grundschulen zu gefährden.

Dies habe zur Folge gehabt, dass bereits genehmigte Anträge für stationäre Lüftungsanlagen in Kitas zurückgezogen werden mussten. Es sei aber eine Prüfung veranlasst worden, ob in einzelnen Kitas mobile Geräte zum Einsatz kommen könnten und sollten.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Aktuelle Quarantäneregelungen in Kitas und Schulen

Herr Nürnberger nimmt Bezug auf die aktuelle Debatte bzgl. der Quarantäne-Regelungen in Kitas und Schulen. Ziel sei es Infektionsschutz zu gewährleisten, aber auch möglichst viel Teilhabe zu ermöglichen.

Zukünftig sollen nur noch die allernötigsten Quarantänen ausgesprochen werden. Das bedeutet Quarantänen für die infizierten Personen und ggf. für deren Haushaltsangehörige. Es solle nach Möglichkeit keine Quarantänen mehr für Kontaktpersonen in den Kitas und Schulen geben. Er weist darauf hin, dass im Städtetag als auch im Landkreistag große Übereinstimmung zu dieser Frage herrsche.

Innerhalb des Kita- und Schulbereichs gebe es erfahrungsgemäß kaum Ansteckungen. Es gebe regelmäßige Testungen, wodurch die infizierten Personen aus dem Betrieb herausgenommen und die Weitergaben der Infektionen festgestellt werden können. Dadurch würde die sog. Durchseuchung nicht riskiert werden.

Bislang würde das Land vorgeben, auch die Sitznachbar*innen in der Schule - „rechts, links, vorne, hinten“ - in Quarantäne zu setzen. Nun werde gefordert, dass das Land die Regelungen anpasse, da die Infektionen an anderen Stellen stattfinden würden.

Eine ähnliche Forderung solle auch für den Kitabereich gestellt werden. In den Kitas können zwar die Hygieneregeln nicht so gut eingehalten werden wie in der Schule und auch sei hier das Testregime aufgrund der Freiwilligkeit der Tests nicht so stringent, trotzdem seien bisher nur wenige Fälle festgestellt worden. In den Bielefelder Kitas seien am gestrigen Tag lediglich zehn Ansteckungen gemeldet worden, davon sechs Kinder und vier Erzieher*innen. Zudem handle es sich bei den meisten Fällen um Einzelfälle. Wissenschaftlich sei darüber hinaus erwiesen, dass Kita-Kinder das Virus relativ schwer weitergeben können.

Bis es eine neue Regelung vom Land gebe, werde das Gesundheitsamt sehr genau die Kontakte betrachten und so wenig Kinder wie möglich in Quarantäne schicken, um die Teilhabe zu ermöglichen.

Frau Weißenfeld ergänzt, dass sie es für wichtig erachtet, dass die Erzieher*innen und Lehrer*innen klare Anweisungen erhalten.

- Kenntnisnahme –

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Aufgrund der Abänderung der Tagesordnung liegen keine Anfragen mehr vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Initiative zur Einrichtung eines Jugendparlaments**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1979/2020-2025

Frau Weißenfeld begrüßt Herrn Schuckmann, Frau Rouvray, Frau Mühlpfordt sowie Herrn Schübli. Die vier stellen anhand einer Power Point Präsentation einen Ausschnitt aus dem „Forderungspapier zum Kinder- und Jugendparlament in Bielefeld“ vor.

Herr Schuckmann berichtet, dass die Planungsgruppe zur Jugendbeteiligung Bielefeld im Dezember 2020 gestartet sei, um einen Weg zu finden, eine Jugendinitiative in Bielefeld zu gründen und die Jugendbeteiligung zu stärken. Es wurden verschiedene Jugendparlamente in Deutschland besucht – u. a. Wismar und Berlin. Diese beiden konnten zudem als Kooperationspartner gewonnen werden. Im Rahmen von drei Fachforen habe sich daraufhin die Planungsgruppe gebildet, welche das Forderungspapier entwickelt habe.

Nach dem Rückblick auf die letzten Monate stellt Herr Schuckmann die Ziele sowie die Gründe für ein Kinder- und Jugendparlaments vor.

Daraufhin stellen Frau Rouvray, Frau Mühlpfordt und Herr Schübli die Forderungen dar, welche sich in folgende Oberpunkte gliedern:

- Mitgestaltung und Mitsprache in der Politik und Stadt
- Mitarbeitende und Ansprechpersonen
- Budget

Darüber hinaus fordert Herr Schuckmann die Mitsprache von Kindern und Jugendlichen bei der Einführung des Kinder- und Jugendparlaments, sollte der Jugendhilfeausschuss heute die Einführung beschließen. Zum aktuellen Stand berichtet er, dass das Haus Neuland seit dem 01.08.2021 Standort der Akademie für Kinder und Jugendparlamente in NRW sei. Zudem seien Vertreter*innen aus Bielefeld im Bundesjugendbeirat und im Projekt Starke Kinder und Jugendparlamente.

Zum Abschluss der Präsentation bedankt sich Herr Schuckmann bei den Mitarbeiter*innen der Verwaltung, Frau Marth und Herrn Kamke-Hellmann, welche an der Ausarbeitung des Forderungspapiers mitgewirkt haben.

Frau Weißenfeld bedankt sich für den Vortrag und gibt den Mitgliedern

die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Frau Stillger fragt, wie man die unterschiedlichen Interessen der beiden Gruppen - Jugendliche und Kinder - vertreten kann. Zudem fragt sie, wie das Kinder- und Jugendparlament besetzt werden soll, ob z. B. durch Wahlen oder Organisationen. Dies sei wichtig, um das Ziel für alle da zu sein, zu erreichen. Ebenso möchte sie wissen, ob es schon Überlegungen gebe, wie man junge Menschen, die in prekären Lebens- und Bildungssituationen leben, erreiche.

Frau Mühlpfordt gibt an, dass sie sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigt haben, es bislang aber noch keine Antworten gebe. Es sei ambitioniert alle zu erreichen, es sei aber trotzdem das Ziel, möglichst viele vielfältige Lebensmöglichkeiten abzubilden. Bei der Wahl wird man voraussichtlich mit Trägern, Jugendeinrichtungen und Schulen zusammenarbeiten müssen. Dies werde in den ersten Monaten erarbeitet werden müssen.

Frau Dr. Ait Allali fragt, ob es Voraussetzungen für die Teilnahme geben soll, z. B. die deutsche Staatsangehörigkeit.

Herr Schuckmann berichtet, dass dies nicht geplant sei. Zu Beginn würde man sich an den Beispielen der Kooperationspartner orientieren. Möglich sei eine Altersbeschränkung, z. B. wie in Wismar 9 – 21 Jahre. Ziel sei, alle zu vertreten, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Frau Mühlpfordt ergänzt, dass es voraussichtlich die Voraussetzung geben werde, dass man in Bielefeld wohne.

Frau Weißenfeld fasst zusammen, dass noch ausgearbeitet werden müsse, wie u. a. Wahlen ablaufen und alle Altersgruppe erreicht werden. Sie hebt hervor, dass sie es spannend finde, dass es eigene Strukturen und Regeln geben soll. In der ersten Fassung des Forderungskatalogs sei angegeben gewesen, dass der/die Verwaltungsmitarbeiter*in eine bestimmte Altersgrenze haben solle. Sie fragt nach den Beweggründen hierfür.

Herr Schuckmann erläutert, dass es ihnen wichtig gewesen sei, eine Person zu finden, die engagiert sei und die Ziele mitverfolge.

Frau Häckel merkt an, dass viele Aufgaben in dem Forderungspapier aufgeführt seien. Dies beweise, auf wie vielen unterschiedlichen Ebenen politische Arbeit stattfinde. Wichtig finde sie, dass das Parlament als eine Brücke zwischen freien Strukturen und offenen Beteiligungsformen hin zur Verwaltung und Politik gesehen werde. Auch das Erarbeiten von eigenen Regeln erachte sie als sinnvoll. Ebenso wie eine diverse Besetzung des Parlaments. Als Fazit gibt sie an, dass es aufgrund der Vielfältigkeit der Interessen und Kompetenzen nicht ein Beteiligungsformat gebe, welche für alle Kinder und Jugendliche passe. Daher müsse es einen Mix an Formaten geben. Das Kinder- und Jugendparlament würde diesen Mix bereichern.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 6.1

Antrag zu TOP 6 – Initiative zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vom 31.08.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2242/2020-2025

Frau Wend bedankt sich für die Präsentation der vier Redner*innen und stellt den eingereichten Antrag der Koalition kurz vor. Gemeinsam mit der Verwaltung soll ein Konzept erarbeitet werden, welches die u. a. heute aufgeworfenen offenen Fragen klärt. Die Koalition teile die Meinung, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, mit zu sprechen und zu entscheiden und dies in eigenen Strukturen. Wichtig sei hierbei, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen.

Herr Langeworth gibt für die CDU an, dass sie die Initiative weiterhin unterstützen werde. Wichtige und grundsätzliche Fragen seien noch offen und müssen im weiteren Verlauf geklärt werden, wie u. a. eine repräsentative Wählerbasis. Alle sollen die gleichen Möglichkeiten haben, sich zu artikulieren. Er gibt an, dass die CDU dem Antrag zustimmen werde.

Frau Stillger wünscht sich, dass der Bereich LGBTQI* mitberücksichtigt werde. Auch weist sie auf die unterschiedlichen Kulturen der Beteiligung der Geschlechter hin. Wichtig sei zudem, dass die bisherigen verpflichtenden Formen der Beteiligung von jungen Menschen weiter fortzuführen sind.

Finn Bucken weist daraufhin, dass die noch offenen Fragen in den Fachforen angesprochen wurden und andere Standorte bereits Erfahrungen gemacht haben, auf die man zurückgreifen könne.

Frau Weißenfeld stellt den Antrag zur Abstimmung und der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auf Basis des „Forderungspapier zum Kinder- und Jugendparlament“ die Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments für die Stadt Bielefeld vorzubereiten und dem JHA ein Konzept vorzulegen. Hierbei soll besonders darauf geachtet werden, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Stadtteilen die Möglichkeit zu bieten, im Kinder- und Jugendparlament aktiv zu werden. Weiterhin soll ein Fokus auf die Beteiligung von Kindern mit Behinderung, Migrant*innen und Mädchen gelegt werden.

- einstimmig beschlossen -

Nach Beschlussfassung erteilt Frau Weißenfeld den Redner*innen das Wort zum Abschluss.

Herr Schuckmann und Frau Mühlpfordt bedanken sich und hoffen auf weitere Ideen und Anregungen der Fachpolitik. Zudem erinnert Frau Mühlpfordt an den Tag der Demokratie, der am 14.09.2021 stattfinden soll.

-.-.-

Zu Punkt 7

Digitales „Forum Quartiersprojekte“: die ausgewählten TOP 3 der Quartiersprojekte

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1825/2020-2025

Frau Vogel (Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention) stellt die Vorlage kurz dar und berichtet, wie es zur Auswahl der Projekte im Rahmen des Handlungskonzeptes „Bielefeld integriert“ gekommen sei. Sie bittet die Anwesenden, ihre Kooperationspartner zu motivieren und zu informieren, denn die Projekte sollen zum Nachmachen anregen.

Im Anschluss werden die ausgewählten TOP 3 Filme der Quartiersprojekte gezeigt.

Frau Wend bittet darum, die Wertschätzung und den Dank an die Projekte weiterzugeben. Die Filme seien eine gute Möglichkeit für die Darstellung der Arbeit gewesen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht der Verwaltung zur abgebrochenen Veranstaltung am 13.08.2021 im Kunsthallenpark **Anfrage der Fraktion CDU vom 19.08.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2115/2020-2025

(ehemals TOP 4.1)

Herr Nürnberger stellt den als Tischvorlage eingereichten Bericht kurz vor. Ziel sei es gewesen, kleine und niedrigschwellige Veranstaltungen zu schaffen, die mit der Coronaschutzverordnung überein passen. Lediglich eine von diesen sei abgebrochen worden. Gründe hierfür seien verstärkter Alkoholkonsum sowie die Unzufriedenheit der Anwesenden mit der Musikauswahl des DJs gewesen.

Herr Langeworth weist unter Bezug auf die Aussagen zum Bunker Ulmenwall darauf hin, dass man beachten müsse, manche Standorte – auch im Hinblick auf die Anwohner*innen – nicht überzubelasten.

Ausgangspunkt der Veranstaltungen sei der Ratsbeschluss vom 24.06.2021 gewesen. In diesem seien beispielhaft Standorte genannt worden, bei denen es u. a. Möglichkeiten zur Müllentsorgung geben wür-

de. Der Ratsbeschluss konnte – teilweise – nicht in der beschlossenen Form umgesetzt werden. Daher seien Plätze gewählt worden, an denen sich bereits Jugendliche und junge Erwachsene aufhalten. In Bezug auf den Kunsthallenpark kritisiert er diese Standortentscheidung, insbesondere da es im vergangenen Jahr dort vermehrt Gewalttaten und „Besäufnisse“ gegeben habe. An anderer Stelle sei das Konzept erfolgreich und gut durchgeführt worden. Lediglich dieser Ort sollte nicht noch zusätzlich als Partylocation beworben werden. Er fragt noch einmal explizit nach den Entstehungsgründen der Aggressivität und was für Gruppen sich schlecht benommen haben. Zudem fragt er, ob das Ordnungsamt vor Ort war, ob Eltern informiert wurden und ob Minderjährige teilgenommen haben. Laut Pressebericht sollen nach der Veranstaltung große Müllmengen verblieben sein. Daher wolle er wissen, ob die Teilnehmer*innen darauf hingewiesen wurden, ihren Müll mitzunehmen und zu entsorgen. Dies sei eine Ordnungswidrigkeit und das Ordnungsamt hätte Bußgelder verhängen können. Zum Schluss merkt er an, dass zukünftig bei Abweichungen von Ratsbeschlüssen Rücksprache mit den entsprechenden Gremien gehalten werden sollte und die Bezirke einbezogen werden sollten. Mit Ausnahme des Kunsthallenparks halte er das Konzept jedoch insgesamt für in Ordnung.

Frau Weißenfeld merkt an, dass durch die Veranstaltung der Platz eventuell positiver dargestellt werden sollte.

Herr Nürnberger gibt an, dass die Entscheidung für den Kunsthallenpark im Nachhinein aufgrund der Wahrnehmung als „Party“-Ort, der Anwohnerdichte und der vorherigen Debatte vielleicht nicht optimal gewesen sei. Wäre der DJ eventuell etwas flexibler in der Musikauswahl gewesen, hätte der Abend – auch für die Anwohner*innen – gut verlaufen und um 22 Uhr beendet werden können. Er merkt zudem an, dass der Begriff Veranstaltung zwar ordnungsrechtlich richtig sei, aber eigentlich nicht passend für die Art und Größe.

Die Veranstaltungsreihe soll zunächst – abgesehen von den bereits geplanten – nicht fortgeführt werden, da es nun kälter werden würde und die Discotheken wieder geöffnet hätten. Wenn etwas Ähnliches erneut angeboten werden soll, könne dies im nächsten Jahr beschlossen werden.

Bzgl. der Aggressivität gibt er an, dass es lediglich Gespräche bzw. kleine Streitereien zwischen einzelnen Personen und dem DJ gegeben habe, woraufhin diese ihre eigene Musik abgespielt hätten. Bevor etwas passieren konnte, hat die Streetworkerin entschieden, die Veranstaltung abzubrechen.

Herr Epp ergänzt, dass der DJ auch abgebrochen habe, da einige Anwesende ihre eigenen „Blockbuster“ aufgedreht hätten. Die Streetworkerin habe das Ordnungsamt über die Situation informiert. Diese Vorgehensweise sei im Vorhinein abgesprochen gewesen. Als das Ordnungsamt angekommen sei, sah dieses jedoch keinen Grund mehr, etwas zu veranlassen.

Zudem erläutert er an, dass die Maßnahmen sich neben dem bereits angesprochenen Ratsbeschluss auch auf den Ratsbeschluss zur Umsetzung des Bielefelder Corona-Aktionsplans beziehen. Finanziert worden seien sie aus der Maßnahme „Zusätzliche Initiativen und Aktivitäten“ und zwar aus der Kategorie „Gemeinschaftserlebnisse im Freien“. Die Kosten in Höhe von 13.850 € für die 13 Veranstaltungen seien im Schnitt sehr

günstig.

Herr Helmke berichtet, dass es in der Nacht einen Polizeieinsatz um 0:30 Uhr gegeben habe, welcher nicht mehr mit der Veranstaltung in Verbindung stand. Ansonsten sei es laut der Polizei ein außergewöhnlich ruhiger Abend im Kunsthallenpark gewesen.

Frau Stillger zieht als Fazit, dass es sich laut den Aussagen anscheinend um „Fake News“ der Zeitung gehandelt habe. Sie finde die komplette Diskussion nicht hilfreich. Die gleichen Fragen könnten beispielsweise genauso gut bei einem Heimspiel des DSC Bielefeld gestellt werden. Da der Skulpturenpark nicht eingezäunt sei, haben die jungen Erwachsenen das gleiche Recht wie alle anderen, sich dort aufzuhalten. Man sollte Verständnis entwickeln und in einen Dialog treten.

Frau Purucker beschreibt, dass die Jugendlichen aufgrund von Corona anderthalb Jahre teilweise ohne Schule und Freunde treffen hinter sich haben. Nun haben sie die Möglichkeit gehabt, zu feiern. Das Eingreifen des Ordnungsamtes wäre in dieser Situation überzogen gewesen. Bzgl. der Anwohnerstörung gibt sie aus persönlicher Erfahrung an, dass dies in letzter Zeit mehr geworden wäre, da die Jugendlichen auf andere Orte ausgewichen seien. Bis 22 Uhr sei dies aber hinnehmbar. Sie dankt dem Jugendamt für die Umsetzung der Ratsbeschlüsse, insbesondere unter der Herausforderung der ständig wechselnden Rahmenbedingungen. In diesem Zusammenhang bittet sie um eine Nachberichterstattung zu den Projekten im Rahmen einer Informationsvorlage.

Herr Langeworth stellt noch einmal klar, dass die CDU solche Veranstaltungen grundsätzlich unterstütze. Mit dem Antrag habe man sich erhofft, mehr über das Verhalten der Jugendlichen zu erfahren. In Bezug auf die Müllproblematik gibt er an, dass diese immer mehr werde. Jeden Montag müssen Mitarbeiter*innen des Umweltbetriebs Berge von Müll, aber auch von Glasscherben und Spritzen, von Spielplätzen entfernen. Dadurch könnten einige Kindergärten solche Plätze nicht besuchen. Es gebe Jugendliche, die sich nicht an Regeln halten. Dies habe Folgen und sei ein wichtiges Thema. Zukünftig solle die Verwaltung die Standortauswahl etwas genauer überdenken. Zudem bittet er die Anwesenden darum, über die angesprochenen Fragen nachzudenken.

Frau Weißenfeld fasst zusammen, dass man den gewählten Standort in Frage stellen könne. Zur Müllproblematik weise sie daraufhin, dass nicht nur die Jugendlichen das Problem seien. Zum Großteil würden auch Erwachsene Müll in Parks hinterlassen.

Herr Goertz gibt in Bezug auf die Aussagen von Herrn Langeworth an, dass es in Ordnung sei, über Probleme zu sprechen, aber man solle diese nicht überproportional darstellen. Bielefeld sei die zweitsicherste Großstadt in Deutschland. Die angesprochenen Probleme haben mit der Realität und den Fakten der Stadt meist nicht so viel zu tun. Zum Abschluss wünscht er sich, dass die Veranstaltungsreihe im nächsten Jahr wiederholt werde.

- Kenntnisnahme –

-.-.-

Zu Punkt 9

Umsetzung des 10. Berichts zur Umsetzung der Bielefelder Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1776/2020-2025

(ehemals TOP 8)

Frau Stillger stellt in ihrer Funktion als Vorsitzende des Fachbeirats für Mädchenarbeit die Vorlage kurz dar. Sie erläutert, dass das Schwerpunktthema „Angekommen!?“ sich auf die neu zugewanderten Mädchen im Rahmen der sog. Flüchtlingswelle seit 2015 beziehe. Zum Hintergrund gibt sie an, dass in der Vergangenheit beschlossen wurde, dass anstelle eines jährlichen Zahlenberichts, bestimmte Fragestellungen gestellt und in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Beschlussvorschläge erarbeitet werden.

Finn Bucken fragt bzgl. des 5. Punktes nach, ob es bereits eine Vorstellung gebe, wer die angesprochenen Konzepte erstelle und ob die Inhalte bereits benannt werden können.

Frau Stillger berichtet, dass der Fachbeirat aus 18 Expertinnen unterschiedlicher Professionen bestehe. Unter diesen sei auch der Sport vertreten. Die Handlungsempfehlungen sollen in den unterschiedlichen Bereichen kommuniziert werden. Daher ginge es zunächst um den Austausch, um dann gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Frau Wend gibt an, dass die SPD die Umsetzung der Vorschläge ausdrücklich unterstütze. Die stärkere Einbindung der zugewanderten Mädchen in die Bereiche Bildung und Gesundheit sei für deren Zukunft sehr wichtig. Insbesondere begrüße sie den Netzwerkgedanken.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- 1. Die Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) werden gebeten, rassismuskritische Konzepte (weiter) zu entwickeln und umzusetzen. Dies bedeutet regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für pädagogische Mitarbeitende und Weiterentwicklung von Konzepten. Die Verwaltung unterstützt die entsprechenden Konzeptionierungen durch Fachberatung und bei Bedarf durch begleitende Fachveranstaltungen.**
- 2. Fachkräfte aus angrenzenden Institutionen wie z.B. Schule, Kita und (Sport)Vereinen sind mit dem Ziel der Vernetzung und des Austausches themenbezogen in die regionalen Jugendhilfekonferenzen einzuladen.**

3. Unter Beachtung des Schutzraums für Mädchen werden die Träger der OKJA aufgefordert, ihre Angebote offener und zielgerichteter zu bewerben. Auch eine Beteiligung der Eltern sollte dabei nicht ausgeschlossen werden.
4. Da u. a. Elternarbeit ein Schlüssel zum Zugang in das Angebot für Mädchen sein kann, soll Elternarbeit zukünftig im Rahmen des dialogischen Verfahrens thematisiert werden.
5. Sportangebote der OKJA sollen sich verstärkt an den Bedarfen der (neu zugewanderten) Mädchen orientieren. Dazu bedarf es expliziter geschlechtssensibler Konzeptionen unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse von Mädchen. Diese Angebote sollen offensiv beworben und die Inhalte eindeutig benannt werden.
6. Die Beratung über spezielle Bedarfe von neu zugewanderten Mädchen und deren Familien soll im Rahmen der Konzeptüberarbeitungen der Beratungsstellen mit bedacht werden.
7. Die Schuleingangsuntersuchung im Gesundheitsamt für die zugewanderten Kinder und Jugendlichen soll genutzt werden, über die Erfassung des Gesundheitszustandes hinaus die Mädchen zu beraten bezüglich weiterer gesundheitlicher Themen und zur Gesundheitsprävention. Zugangswege ins deutsche Gesundheitssystem sollen geübt und aufgezeigt werden. Die Weitergabe der Informationen soll mündlich erfolgen, bei Bedarf mit Unterstützung einer Sprachmittlerin/eines Sprachmittlers. Ebenso sind mehrsprachige Flyer vorzuhalten und/oder es kann eine Vermittlung in das MIMI-Projekt erfolgen. Vernetzungen mit verschiedenen Beratungsstellen für Mädchen, Frauen und Eltern sind zu intensivieren.
8. Der Schulträger setzt sich gemeinsam mit den am Integrationsprozess neu zugewanderter Schülerinnen beteiligten Akteuren fortlaufend damit auseinander, wie eben dieser Prozess optimiert und weiter an spezifische Bedürfnisse von Schülerinnen angepasst werden kann bzw. eine optimierte Begleitung der Lernprozesse erreicht werden kann. Hierzu wird das Thema regelmäßig in bestehenden Austauschrunden platziert und/oder finden regelmäßige Austauschrunden zur strategischen Planung statt.
9. Der 10. Mädchenbericht wird verwaltungsintern und –extern den relevanten Akteurinnen und Akteuren mit dem Ziel einer Sensibilisierung für die Belange neu zugewanderter Mädchen zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Haushaltsplan und Stellenplan 2022 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1992/2020-2025

(ehemals TOP 9)

Frau Weißenfeld berichtet, dass es sich heute um die 1. Lesung zur Beschlussvorschläge handelt. Sie bittet Herrn Epp um Darstellung der Vorlage sowie des weiteren Vorgehens.

Herr Epp berichtet, dass sich das Ergebnis im Vergleich zum Haushalt 2021 um 13 Millionen Euro erhöht habe. Er erläutert die in der Vorlage dargestellten Gründe für diese Erhöhung.

Frau Weißenfeld bittet darum, Fragen zur Vorlage bis zum 10.09.2021 schriftlich an die Verwaltung zu stellen. Dadurch könnten diese noch rechtzeitig vor der 2. Lesung in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 29.09.2021 schriftlich beantwortet werden. In dem vor der Sitzung stattfindenden Unterausschuss könnten diese zudem noch diskutiert und besprochen werden. Voraussichtlich werde der Unterausschuss um 16 Uhr beginnen. Sie rechne mit einer Dauer von ca. einer Stunde. Daraufhin fragt sie, ob es bereits heute Fragen gebe.

Herr Langeworth bittet in Bezug auf die in Anlage 5 aufgeführten Mehrstellen im Kitabereich um nähere Erläuterung dazu, ob die eingepplanten Mittel vom Land dafür vorgesehen seien und ob andere Städte ähnlich vorgehen. Auch fragt er, ob es eine andere personalwirtschaftliche Lösung gebe.

Frau Stillger weist in Bezug auf das Produkt „Fachbeirat für Mädchenarbeit“ in Anlage 1 daraufhin, dass die dargestellten Aufwendungen nicht der Realität entsprechen. Er habe keine halbe Stelle, auch wenn er dies begrüßen würde.

Herr Epp teilt mit, dass dies eine Grundproblematik des NKF sei. Bei den ca. 32.000 € müssen pauschale Zuordnungen wie Overhead-Kosten mit abgebildet werden. Insbesondere bei kleineren Summen würde dies in der Darstellung mehr auffallen. Prozentual sei es aber bei allen Produktgruppen die gleiche Zuordnung.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 11

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

(ehemals TOP 10)

Herr Epp berichtet, dass in der nächsten Sitzung am 29.09.2021 folgende Punkte thematisiert werden sollen:

- Jugendberufsagentur: Projekt nach § 16 h SGB II
- aktueller Stand Spielflächenbedarfsplanung und inklusive Spielplätze
- Weiterentwicklung des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen: neue Netzwerkstruktur
- Adoptionsgesetz
- Umsetzung inklusives Netzwerk Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Haushalt und Stellenplan 2022 – 2. Lesung

- Kenntnisnahme -

Bielefeld, 08.09.2021

Regine Weißenfeld (Vorsitzende)

Liesa Warneke (Schriftführerin)